

Medienmitteilung vom 2. April 2019

Soziale Beiträge neu definiert

In seiner heutigen Sitzung beschloss der Bürgergemeinderat Änderungen im künftigen Umgang mit seinem Kompetenzbeitrag von jährlich CHF 200'000 am Ertrag der Christoph Merian Stiftung. In weiteren Geschäften setzten sich Parlament und Exekutive u.a. mit der Umweltfreundlichkeit der Bürgergemeinde, dem Frauenstreiktag und dem geltenden Bürgerrechtsgesetz auseinander. Zudem stellte sich die Frage nach einer neuen Einbürgerungsaktion für Schweizer und Schweizerinnen.

Soziale Beiträge des Bürgergemeinderats: In Ergänzung zum aktuellen Leistungsauftrag der Christoph Merian Stiftung (CMS) hatte das Parlament den künftigen Umgang mit seinem Kompetenzbeitrag in der Höhe von jährlich CHF 200'000 zu definieren. Der Bürgerrat war beauftragt, in Zusammenarbeit mit der CMS und im Austausch mit der Aufsichtskommission eine überarbeitete Produktegruppe «Gemeinnützige Beiträge der Bürgergemeinde» mit Wirkung ab 2019 vorzulegen. Dieser nun vorgelegten Version stimmte der Bürgergemeinderat in seiner Frühjahrsitzung mit grossem Mehr zu.

Bürgerrat und Aufsichtskommission hatten dem Parlament beantragt, den bisherigen Leistungsauftrag der Produktegruppe «Gemeinnützige Beiträge der Bürgergemeinde» für 2019 und 2020 anzupassen und die angesparten Mittel des Bürgergemeinderats von CHF 400'000 pro Jahr in folgenden Wirkungsfeldern einzusetzen: «Quartierentwicklung» (Förderung der Vernetzung und Koordination sowie der Nachbarschaftsarbeit), «Befähigung» (von Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen oder aufgrund von Flucht und Migration benachteiligt sind) und «Gesellschaftliche Integration» (von Menschen in prekären Lebenssituationen). Im letztgenannten Bereich ist auch ein teilweiser oder kompletter Erlass der Einbürgerungsgebühren der Bürgergemeinde möglich. Die Mittelverwendung in den drei Schwerpunkten soll flexibel und bedürfnisorientiert erfolgen, auf das Festlegen von Gesamtsummen wird verzichtet.

«Willkommensaktion 2.0»: Das Parlament hat einen Auftrag von Christoph Burckhardt (LDP) stillschweigend an den Bürgerrat überwiesen. Der Bürgerrat prüft nun, wie sich eine Stärkung der demokratischen Basis der Bürgergemeinde umsetzen lässt. Je mehr in der Stadt Basel wohnhafte Menschen das Basler Bürgerrecht besässen, desto grösser sei das politische Gewicht der Bürgergemeinde gegenüber Kanton, Partnern und weiteren Dritten, argumentiert Burckhardt. Deshalb soll ein Konzept mit nachhaltigen Anreizen für Schweizerinnen und Schweizer entwickelt werden, die das Basler Bürgerrecht erlangen könnten. Eine ähnliche «Willkommensaktion» wurde bereits 2016 erfolgreich durchgeführt.

Miet- und Spülservice für Mehrweggeschirr: Der Auftrag von Beatrice Alder (Grünes Bündnis), in Absprache mit dem Bürgerspital zu berichten, ob die Bürgergemeinde einen preiswerten Miet- und Spülservice für Mehrweggeschirr anbieten könnte, wurde vom Parlament nicht überwiesen.

Kürzere Frist bei «Kleiner Anfrage»: Dem Bürgerrat überwiesen wurde der aus der SP-Fraktion (Jan Goepfert, Canan Özden) stammende Auftrag zur Beantwortungsfrist bei einer «Kleinen Anfrage». Der Bürgerrat hat jetzt zu prüfen, ob die Antwort künftig innert weniger als einem Jahr erfolgen kann.

Basler Bürgerinnen und Bürger besser erreichen: Die SP-Fraktion (Rolf Keller) möchte überprüft haben, wie und in welchem Zeitrahmen ein Verfahren entwickelt werden könnte, das es Interessenten (v.a. Parteien) ermöglicht, Basler Bürgerinnen und Bürger direkt zu erreichen, um sie über politische Anliegen, Referenden oder Initiativen zu informieren. Der Auftrag wurde mit dem Stichentscheid des Parlamentspräsidenten überwiesen.

Umweltbewusste Bürgergemeinde: Mit zwei Interpellationen verlangte Pierre-Alain Niklaus (Grünes Bündnis) genauere Auskünfte zur Umweltfreundlichkeit der Bürgergemeinde (BG). Auf die Nachfrage, ob die BG mit eigenem Holz baue und renoviere, antwortete Bürgerrat Leonhard Burckhardt, dass der Forstbetrieb auf die ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung der Waldungen ausgerichtet ist – die Verwertung des Rohstoffs Holz ist nur ein Tätigkeitsfeld von vielen. Neben der Produktion und dem Verkauf von Brennholz werden vor allem Holzkraftwerke und das weiterverarbeitende Gewerbe beliefert. Der Forstbetrieb liefert keine fertigen Holzprodukte direkt an Baustellen. Wenn immer möglich, wird jedoch BG-intern eigenes Holz verbaut. Der Bürgerrat ist überzeugt, dass die BG gerade mit der Waldbewirtschaftung durch einen eigenen Forstbetrieb ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig agiert.

Die Frage nach der Klimaneutralität der BG-Bauten beantwortete Bürgerratspräsidentin Fabienne Beyerle: Die Gebäude des Bürgerspitals haben gemäss einer 2018 durchgeführten CO²-Analyse sehr gute Werte. Beim denkmalgeschützten Waisenhausareal und beim ebenfalls unter Schutz stehenden Stadthaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden. Obwohl sich geschützte Liegenschaften weniger für CO²-Analysen eignen, bemühen sich alle Institutionen der Bürgergemeinde um einen energieeffizienten und emissionsarmen Betrieb ihrer Liegenschaften. Sanierungen erfolgen mit Fachleuten, die jeweils auch das Potential an Energieeinsparungen sowie die Gewinnung erneuerbarer Energien eruieren. Die gesetzlichen Vorschriften zum Klimaschutz werden von der BG vollumfänglich erfüllt. Zur Erreichung von Zielen über der Gesetzgebung werden Umwelt- und Klimaschutz konsequent weiterverfolgt.

Nachfragen zu Einbürgerung und Frauenstreik: Die SP-Fraktion (Jonas Weber) verlangte in einer Interpellation Auskunft zur Beschwerde, die die BG zum neuen kantonalen Bürgerrechtsgesetz ans Bundesgericht erhoben hat. Bürgerrat und Präsident der Einbürgerungskommission Stefan Wehrle erläuterte, dass nach Einschätzung der drei Basler Bürgergemeinden die Regelung, nach der bei Einbürgerungswilligen, die die Sekundarschule im Kanton BS besucht haben, der Nachweis von «Grundkenntnissen der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Bund, Kanton und Gemeinde» als erbracht gilt, gegen bundesrechtliche Minimalvorschriften und Rechtsgleichheit verstosse und die rechtlich verankerten Kompetenzen der Bürgergemeinden verletze. Wehrle wies daraufhin, dass gemäss langjähriger Erfahrung Schulabsolventinnen und -absolventen ohne Einbürgerungskurs oder selbstständiges Studium die bundesrechtlichen Mindestvoraussetzungen nicht erfüllten. Das Verfahren zur abstrakten Normenkontrolle wurde vom Bundesgericht ans basel-städtische Appellationsgericht überwiesen, wo es derzeit noch hängig ist.

Ebenfalls aus der SP-Fraktion (Canan Özden) stammte die Interpellation zum Frauenstreiktag am 14. Juni 2019, in der sie sich nach den Teilnahmemöglichkeiten für die BG-Mitarbeiterinnen erkundigt.

Bürgerratspräsidentin Fabienne Beyerle erklärte, die Teilnahme an einem Streik sei ein persönlicher Entscheid, als Arbeitgeberin treffe die BG keine Vorkehrungen für Streiks. Das Vorgehen für die Mitarbeitenden sei wie bei jeder anderen Abwesenheit.

Ersatzwahlen: Die durch den Rücktritt von Oskar Herzig (SVP) und Beatrice Isler (CVP) frei gewordenen Ämter wurden neu besetzt. Gewählt wurden Alexander Gröflin (SVP) ins Büro sowie Ursula Kuhn (CVP) und Beat K. Schaller (SVP) in die Einbürgerungskommission.

Im Namen des Bürgergemeinderates
Der Präsident: Sebastian Kölliker
Der Bürgerratsschreiber: Daniel Müller

Hinweis: Alle mündlichen Interpellationsantworten sind neuerdings nach der Sitzung in schriftlicher Form auf der Website der Bürgergemeinde einzusehen: www.bgbasel.ch.

Besten Dank für eine Veröffentlichung. Weitere Auskunft erteilt gerne: Sebastian Kölliker, 079 249 11 58